



Liebe Genossinnen und Genossen,

am 29. Mai hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich - ich selber habe mit Nein gestimmt - die **Grundgesetzänderungen zur Föderalismusreform II** und das dazugehörige Begleitgesetz beschlossen. Ich war und bin nicht davon überzeugt, dass wir mit dieser Grundgesetzänderung die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern tatsächlich in einem produktiven Sinne modernisieren. Vielmehr befürchte ich, dass die gesamtstaatliche finanz- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt und der deutsche Föderalismus letztlich damit kraft Verfassung Schaden nehmen wird. Nichtsdestotrotz: Ich stehe zur Verantwortung einer aktiven und nachhaltigen Haushaltskonsolidierung auf Bundes- und Länderebene. Die andauernde Krise zeigt aber auch, dass der Staat, dass staatliche Ebenen in der Lage sein müssen, auch antizyklisch eingreifen zu können - wie wir es mit den Konjunkturpaketen gerade auch tun. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft transparenten Regeln des Haushaltes nachkommen und dass ob der neuen Verfassungslage findige FinanzerInnen Wege finden, um Schattenhaushalte zu installieren. Auch dieses ist für mich untragbar.

Am 07. Juni war die **Europawahl**. Das Ergebnis war für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dramatisch. Wir haben es nicht geschafft, das „Soziale Europa“ und auch die demokratische Notwendigkeit neuer Mehrheiten im Europäischen Parlament den Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen und diese dazubringen, a) überhaupt und b) uns zu wählen. Europa bleibt mehrheitlich konservativ regiert, entsetzlich die Stärkung antisemitischer und europafeindlicher Parteien.

Zufrieden kann ich berichten: In Zukunft gilt bei der Anwendung Lebens verlängernder Maßnahmen der Wille der PatientIn. Für alle Beteiligten - die Betroffenen selbst, die ÄrztInnen, die Angehörigen und BetreuerInnen bzw. Bevollmächtigte - gibt es mehr Rechtsklarheit und Rechtssicherheit im Umgang mit **Patientenverfügungen**. Das hat der Deutsche Bundestag am 18. Juni in einem aufwändigen Abstimmungsverfahren über vier Anträge mehrheitlich entschieden.

Heute beginnt die **letzte Sitzungswoche dieser 16. Legislaturperiode**. Ich freue mich auch, wenn Gesetzesentwürfe dieser Großen Koalition nicht in 2./3. Lesung beraten und abgestimmt werden. Ich habe mich innerfraktionell sehr stark gemacht, dass das ÖPP - Beschleunigungsgesetz der Diskontinuität zum Opfer fällt. Verfehlt hielt ich auch zügige gesetzliche Regelungen für die als Carbon Capture and Storage (CCS) bezeichnete Technologie. Wir wissen noch viel zu wenig über die Konsequenzen einer unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid.

Lasst uns kämpfen: Für eine sozialdemokratische Führung in der 17. Legislaturperiode!

Mit solidarischen Grüßen

Eure Mechthild

■ ■ Informationen aus Tempelhof-Schöneberg

28.05.09 Unterstützung der Karstadt-MitarbeiterInnen

Mitglieder des Betriebsrates des Karstadt-Haus in Tempelhof haben mich in meinem Wahlkreisbüro über die dramatische Situation der Karstadt-Häuser, einer Säule des Arcandor-Konzerns, informiert und mich um Unterstützung bei Ihrem Kampf zum Erhalt der Arbeitsplätze der Karstadt-MitarbeiterInnen gebeten. Auf den ausdrücklichen Wunsch der Betriebsratsvorsitzenden und des Filialgeschäftsführers von Karstadt Berlin-Tempelhof habe ich an der Mahnwache der Beschäftigten vor dem Warenhaus am Tempelhofer Damm teilgenommen und meine sozialdemokratische und gewerkschaftliche Solidarität verdeutlicht. Gleichwohl habe ich darauf hingewiesen, dass die EigentümerInnen, die Vermieter und auch die Banken ihren Teil zur Rettung des Unternehmens zu leisten haben. Der Staat könne mit dem Geld der SteuerzahlerInnen nicht immer die Schulden sozialisieren. Das wurde auch verstanden. Der Austausch findet weiterhin statt.

29.05.09 KaDeWe: Gespräche mit dem Betriebsrat, Mahnwache

Mit dem Betriebsrat des KaDeWe habe ich die Situation des Unternehmens und seiner 1600 – mit den angegliederten Shops 2500 MitarbeiterInnen angesichts der drohenden Arcandor-Insolvenz diskutiert, gleiches auch mit den MitarbeiterInnen bei der Mahnwache am 08. Juni. Ich hatte mich für staatliche Finanzhilfen unter bestimmten Bedingungen ausgesprochen.

05.06.09 Zweite BPA-Fahrt

Politik- und Parteienverdrossenheit wirke ich durch transparentes Arbeiten entgegen. So habe ich für diese Bundespresseamtsfahrt wie auch in der Vergangenheit schon per Zeitungsannonce öffentlich geworben. Die Tempelhof-SchönebergerInnen haben so den Eindruck gewonnen, als ständen nur mir diese Fahrten zur Verfügung. Dem ist nicht so, aber sowohl ich als die MitarbeiterInnen im Wahlkreisbüro machen die damit verbundene umfangreiche Organisationsarbeit für jeweils 50 TeilnehmerInnen gerne. Dieses Mal fanden Informationsgespräche im Bundesministerium der Finanzen und - zwei Tage vor der Europawahl - im Europäischen Haus statt. Besucht wurden u.a. auch das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und die SPD- Parteizentrale, das Willy- Brandt- Haus. Abgerundet wurde das Programm mit einem Abendessen und einer Dampferrundfahrt.

09.06.09 30 Jahre ufaFabrik

30 Jahre ufaFabrik sind 30 Jahre Erfolgsgeschichte für eine lebendige alternative Kunst-, Kultur- und Lebensraum aus dem Stadtbild nicht mehr wegzudenken. Geboten wurde ein aufregendes und spritziges Bühnenprogramm, witzig moderiert von Yuppi. Mit dabei war u.a. Arnulf Rating, ehemals bei den „3 Tornados“, der in gewohnt spitzer Manier die politische Entwicklung und die aktuelle Wirtschaftslage analysierte und Murat Topal, der als witziger Neuköllner Ex- Polizist Geschichten kulturelle Missverständnisse aus einem normalen Polizeialltag komödiantisch pointiert darstellte.

11.06.09 Frauen- und Gleichstellungspolitische Bilanzveranstaltung

Auf Einladung der ASF Tempelhof-Schöneberg in Kooperation mit der Bundes-ASF haben rund 70 Frauen an der Podiumsdiskussion im Willy-Brandt-Haus zusammen mit Eva Högl, Petra Merkel und mir teilgenommen. Neben den Erfolgen und Niederlagen aus den jeweiligen Fachbereichen - Europa; Haushalt; Gesundheit sowie Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - war die aktuelle wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Lage und die Auswirkungen der Krise auf die Frauen rasch Gegenstand einer intensiven Diskussion. Unser Kampf für den Mindestlohn, gegen den Niedriglohnsektor aber auch für die stärkere Vertretung von Frauen in Führungspositionen fand Beifall. Rege

diskutiert wurden auch die digitalen BürgerInnenrechte. Deutlich wurde auch, dass es einen hohen Solidaritätsgrad mit Forderungen der ASF gibt. Das macht Mut!

15.06.09 Studentag dreier Grundschulen zum Thema INKLUSION

Die Grundschulen Annedore-Leber-Grundschule, die Fläming-Schule und die Barbarossa-Schule starten gemeinsam das Projekt Inklusionsschule. Ich unterstütze die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder sehr und bin stolz auf den Einsatz dieser Schulen. Ich habe sehr gerne teilgenommen - auch um zu demonstrieren, dass die Politik dieses Engagement unterstützt und dass das Engagement von mit gutem Beispiel vorangehenden Schulen gesehen und gewürdigt wird.

Seit dem 26. März 2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. Diese ist ein wichtiger Meilenstein zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Gesellschaft. Wir alle sind verpflichtet, unseren Beitrag für eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstverständlich in Vielfalt zusammenleben. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine umfassende Barrierefreiheit und die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder. Ich bin davon überzeugt, dass eine inklusive Gesellschaft nur mit einer gemeinsamen Beschulung gelingen kann, wenn behinderte und nicht behinderte Menschen von Kinderbeinen an gemeinsam aufwachsen und Unterschiedlichkeit als Normalität kennen lernen. Anlässlich eines Europa-Tages konnte ich mich beim Besuch der Fläminggrundschule davon überzeugen, dass der nun gemeinsam verfolgte Weg dieser drei Schulen ein realistischer und erfolgreicher Ansatz ist. „Inklusive Bildung“, die individuelle Förderung und der Zugang zu Regelschulen für behinderte Kinder ist in Deutschland noch auszubauen: Im EU-Durchschnitt lernen etwa 80 Prozent der Kinder mit Behinderung an Regelschulen, in Deutschland gerade einmal 15 Prozent.

20.06.09 Kranzniederlegung an der Gedenktafel »Rosa Winkel« (U-Bhf. Nollendorfplatz)

„TOTGESCHLAGEN TOTGESCHWIEGEN DEN HOMOSEXUELLEN OPFERN DES NATIONALSOZIALISMUS“ - so der Text der von vielen möglicherweise gar nicht wahrgenommen Gedenktafel. Auch für die SPD-Bundestagsfraktion habe ich im Rahmen einer Gedenkfeier einen Kranz niedergelegt und an die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Wir haben gemahnt. Diskriminierung, Ausgrenzung und Intoleranz von Lesben und Schwulen, Transgender und transsexuellen Menschen ist auch heute noch aktiv zu bekämpfen. Ich habe dargelegt, warum ich mich für eine Ergänzung des Grundgesetzes um die Aufnahme der „sexuellen Identität“ in Artikel 3 einsetze.

20./21./24.06.09 Zusammensein mit SeniorInnen

Am 20. Juni habe ich zusammen mit Oliver Schworck das Sommerfest der AWO in der Spukvilla besucht. Der rege und interessante Austausch mit SeniorInnen wurde beim von Gabi Kelb, Abt. Lichtenrade-Marienfeld, am Sonntagnachmittag mit BewohnerInnen des Marie-Juchacz-Hauses sowie auch beim Sommerfest im Franz-Neumann-Haus fortgeführt. Diskutiert wurde u.a. über die PatientInnenverfügung und über einen auch für SeniorInnen sinnvollen und nutzbaren VerbraucherInnenschutz. Gute Gespräche wurden mit Georg Siebert, Vorsitzender der AWO-Südwest, und mit Hans Nisblé, AWO-Landesvorsitzender und Hans-Wilhelm Pollmann, Landesgeschäftsführer Arbeiterwohlfahrt Berlin e.V., geführt.

20./21.06.09 Motzstraßenfest

Die Schwusos hatten wieder einen wunderbaren Stand aufgebaut und auch konsequent zahlreich besetzt. Vielen, insbesondere aber Hermann Zeller, meinen herzlichen Dank dafür! „Gleiches Recht für Ungleiche“ - dafür treten wir geschlossen ein. Die Massen zogen über die Festmeile. Die Stimmung war gut, die Gespräche locker. Das Wetter hielt sich. Was will man mehr?

22.06.09 Frauen stärken Frauen in Sri Lanka

Die Anerkennung und der Schutz von Frauenrechten ist eine weltweite Herausforderung. Kshanika Weeratunge, Präsidentin von AGROMART, einer nichtstaatlichen Frauendachorganisation in Sri Lanka, weilte auf Einladung des Marie-Schlei-Vereins einige Tage in Deutschland und konnte über die Situation der Frauen in ihrem Heimatland und über die Möglichkeiten von Frauenverbänden zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen in Sri Lanka berichten. Das BMZ hat einen entsprechenden Gender-Aktionsplan verabschiedet. Die Veranstaltung war eine Kooperationsveranstaltung zwischen der Katholischen Friedensbewegung pax christi und mir. Besonders gefreut hat mich auch der Besuch von KollegInnen der Friedrich-Ebert-Stiftung.

24.06.09 Verbraucherinformation - Geht sie weit genug?

Verbraucherinformationsgesetz, Nährwertkennzeichnung, Ekellisten oder mehr „grüne Bären“ für die Restaurants, Grüne Gentechnik und die grundlegenden Ziele sozialdemokratischer VerbraucherInnen-schutzpolitik standen im Mittelpunkt der öffentlichen Veranstaltung der Abt. Tempelhof. Über die Rechte von VerbraucherInnen und über noch notwendige Herausforderungen haben referiert Oliver Schworck, Bezirksstadtrat, und ich. Erfreulich die rege anschließende Diskussion.

■ ■ Informationen aus dem Vor-Wahlkampf

Die Wahlkampfkommission des Kreises tagt regelmäßig. Ich danke Stefan Böltes, der aus familiären Gründen seinen Vorsitz niederlegen musste, für die geleistete Arbeit, die nun von Oliver Schworck zusammen mit den Rauchfuß-Zwillingen fortgesetzt wird. Auch für mich hat der Vor-Wahlkampf längst begonnen und wird von mir auch aktiv betrieben, u.a.:

11.06.09 Beginn der Reihe „Sommerfrühstück 09“

Zum ersten Sommerfrühstück hatte ich die VertreterInnen aus dem Integrationsbereich ins Café Paladin eingeladen. Wenige Tage nach der Europawahl zeigten sich die Gäste besorgt über die konservative Mehrheit im neu gewählten europäischen Parlament. Er wird befürchtet, dass der durch den Ausgang der Europawahl stabilisierte Rechtsruck auch negative Auswirkungen auf die Integrationsarbeit hier in Deutschland haben wird. Ich stehe für eine moderne Migrations- und Integrationspolitik.

15.06.09 Wahlforum des LandesFrauenRates Berlin e.V.

Dass sich die Parteien nicht nur in Sonntagsreden voneinander absetzen, wurde beim ersten Wahlforum zur Bundestagswahl des LandesFrauenRates Berlin e.V. deutlich. Vertreterinnen aller im Bundestag vertretenen Parteien verdeutlichten, was für sie und ihre Partei Gleichstellungspolitik bedeutet und welche konkreten politischen Vorhaben sie umsetzen wollen. Als Direktkandidatin und einzige in der Runde mit Bundestagserfahrung habe ich klargemacht, dass für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Frauenpolitik elementare Strukturpolitik ist. BürgerInnenrechte und Gender gehören zusammen. Jedes Feld der Politik ist unter Genderaspekten zu analysieren und neu auszugestalten. Und außerdem: Die Quote - in der SPD die Mindestquote - ist nichts Unanständiges. Männer haben in der Vergangenheit sich keineswegs geziert, ihre Seilschaften zu nutzen.

22.06.09 Politik und Politikverdrossenheit - Erstwählerinnen und Erstwähler.

Warum sollen junge Leute wählen?

Auf Einladung des PW-Grundkurs des 2. Semesters hat im Gemeinschaftshaus Lichtenrade Diskussion mit rund 300 Schülerinnen und Schülern des Ulrich-von-Hutten-Gymnasiums, der Georg-

Büchner-Oberschule und der Carl-Zeiss-Oberschule stattgefunden. Auf dem Podium stellten sich Mechthild Rawert (SPD); Helmut Scholz (Die Linke); Dr. Jan-Marco Luczak (CDU); Clara Herrmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Dr. Martin Lindner (FDP) den Fragen der Moderatorinnen und des Auditoriums. Intensiv diskutiert wurde über Bildung, zur Situation der Schulen in Berlin, über Studiengebühren, die vielen jungen Menschen ein Studium unmöglich machen, über Politikangebote der Parteien und die Engagementkultur von jungen Menschen. Fazit: Es gibt keine unpolitische Generation!

■ **Ausblick auf die kommenden Wochen**

Nach dieser Sitzungswoche geht es u.a. folgendermaßen weiter:

- 04.07.09 Teilnahme am Viki-Fest der Abteilung City
- 05.07.09 Wahlkampfklausur der Abteilung Friedenau
- 06.07.09 Referat zum Thema EU-Aufnahmerichtlinie
- 07.07.09 Sommerfrühstück mit SeniorenvertreterInnen
- 08.07.09 Sommerfrühstück mit VertreterInnen der Schwulen und Lesben
- 09.07.09 30 Jahre Landesfrauenrat
- 09.07.09 Grußwort beim AsF Kinobevent „Football undercover“
- 10.07.09 Mitgliedertag der SPD T-S
- 11.07.09 Gespräch mit SchülerInnen der Tannenhof Schule
- 13.07.09 Sommerfrühstück mit VertreterInnen von Jugendorganisationen
- 13.07.09 Besuch eines Pflegestützpunktes
- 14.07.09 Sommerfrühstück mit Vertreterinnen der Frauenverbände
- 15.07.09 Sommerfrühstück mit VertreterInnen aus dem Bereich Umwelt
- 16.07.09 Sommerfrühstück mit VertreterInnen aus dem Bereich Gesundheit/Soziales
- 17.07.09 Sommerfrühstück mit VertreterInnen des Bereiches Pflege

■ ■ **Aus dem Bundestag**

■ **Diamorphingestützte Substitution**

Nach langen und zähen Debatten haben wir am 28. Mai in namentlicher Abstimmung endlich das Gesetz zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung beschlossen. Damit geben wir Schwerstabhängigen eine Chance auf ein halbwegs normales Leben. Nach dem Auslaufen des erfolgreichen Modellprogramms haben wir die rechtliche Sicherheit geschaffen, die eine Substitution mit Diamorphin ermöglicht. Unser Gesetz wird seitens des Senates und der Drogenprojekte ausgesprochen positiv begrüßt. Bis dato hat Berlin noch keine Erfahrungen mit Diamorphinsubstitution, da eine Teilnahme am Modellprojekt aus finanziellen Gründen nicht zustande gekommen war.

■ **Patientenverfügungsgesetz**

Ich freue mich, dass es uns mit der Verabschiedung des überwiegend von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten getragenen „Stünker- Entwurfs“ gelungen ist, für die Patientinnen und Patienten, die Ärztinnen und Ärzte und die betroffenen Angehörigen endlich mehr Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen. In Zukunft ist gewährleistet, dass der Wille des Patienten, der Patientin gilt. Kernpunkt dieses Gesetzes zur Patientenverfügung ist unbeschränkte Reichweitenbegrenzung (Bindungswirkung der Verfügung). Die im Rahmen einer schriftlichen PatientInnenverfügung getroffenen eigenen Entscheidungen über Verweigerung oder Durchführung bestimmter ärztlicher Maßnahmen haben Vorrang gerade auch dann, wenn die Patientin/der Patient sich nicht mehr selbst äußern kann. Auch der sogenannte „dialogische Prozess“, das Zusammenwirken zwischen Arzt und Betreuer ist explizit im Gesetzentwurf integriert. Aufgenommen wurde weiter die Formulierung, dass niemand zur

Errichtung einer Patientenverfügung verpflichtet werden kann und dass die Errichtung oder Vorlage einer Patientenverfügung nicht zur Bedingung eines Vertragsschlusses gemacht werden kann.

■ **Neuregelungen durch die 15. Novelle des Arzneimittelgesetzes (AMG- Novelle)**

Zugangsvoraussetzungen in der Pflegeausbildung

Im Bereich der Kranken- und Altenpflege wird die Zugangsvoraussetzung für die Ausbildung künftig die abgeschlossene zehnjährige Schulbildung sein. Damit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, auch in Zukunft den Bedarf an gut ausgebildeten Kranken- und Altenpflegekräften zur Sicherstellung der Pflege decken zu können. Ich möchte in diesem Zusammenhang ausdrücklich betonen, dass damit keine Verwässerung oder Aufweichung der Ausbildungsstandards einhergeht.

Mit der Festlegung des Zugangs zu den Ausbildungen nach dem Krankenpflegegesetz auf den Hauptschulabschluss nach zehn Schuljahren oder einer gleichwertigen Schulausbildung, soll der Zugang zu diesen Berufen für mehr Interessentinnen und Interessenten als bisher geöffnet werden. Mit Blick auf den durch die demographische Entwicklung schon heute absehbaren Mangel an BewerberInnen für Ausbildungen in der Krankenpflege, aber auch vor dem Hintergrund der notwendigen und gesellschaftspolitisch wünschenswerten Einbindung von BewerberInnen mit Migrationshintergrund halte ich eine solche Öffnung letztlich für notwendig.

Nichtsdestotrotz: Mit Kraft werde ich mich auch in Zukunft für die Verbesserung von Ausbildungs- und Arbeitsplatzstrukturen in den Gesundheits- und Pflegeberufen einsetzen.

Versand von Arzneimitteln (Pick- Up- Stellen)

Ich bedauere, dass im Rahmen der AMG- Novelle mit der CDU/CSU- Bundestagsfraktion keine Einschränkungen der unerwünschten Auswüchse des Arzneimittelversandhandels umgesetzt werden konnten. Die vorgeschlagenen Verschärfungen der Qualitätskriterien, die eine Rezeptsammlung und Arzneimittelabgabe an ungeeigneten Orten wie Tankstellen und anderen Gewerbebetrieben unterbunden hätten, wären sinnvoll gewesen, um die qualitätsorientierte Arzneimittelversorgung zu sichern. Pick- Up- Stellen mögen vereinzelt Vereinfachungen für KundInnen bringen, insgesamt erscheinen mir die Gefahren der Einführung von Pick- Up- Stellen aber als viel zu groß. Eine anständige Versorgung mag vielleicht etwas mehr kosten, ich halte sie aber gerade im gesundheitlichen Bereich für angebracht.

Stärkung des Risikostrukturausgleichs

Mit der 15. AMG- Novelle haben wir aber sicherstellen können, dass das Bundesversicherungsamt unerlaubten Absprachen zwischen Kassen und ÄrztInnen durch ein neues Instrumentarium effektiv entgegenwirken kann. Dem sogenannten "Up- Coding" (dem künstlichen „Kränkermachen“ von PatientInnen, um höhere Zuweisungen aus dem Risikostrukturausgleich zu erhalten) haben wir einen Riegel vorgeschoben.

Sicherung der Hausarztmodelle

Durch eine Übergangsregelung zu Abrechnungen von ambulanten Leistungen über private Rechenstellen konnten zudem die sogenannten Hausarztmodelle gesichert werden. Hier hat sich die SPD in der Koalition durchsetzen und datenschutzrechtliche Bedenken ausräumen können, die sonst den Fortbestand der sinnvollen Hausarztmodelle gefährdet hätten. Der Datenschutz ist nun auch bei Nutzung privater Rechenstellen vollumfänglich gewährleistet.

■ **Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus**

Künftig können pflegebedürftige Menschen mit Behinderung die von ihnen beschäftigten Pflegekräfte bei einer stationären Behandlung mitnehmen. Ich begrüße sehr, dass Pflegebedürftige, die eigene Pflegekräfte beschäftigen, mit dem von der SPD- Bundestagsfraktion forcierten Gesetz, nun Anspruch gegen die jeweiligen Kostenträger auf Mitaufnahme ihrer Pflegekraft in das Krankenhaus haben. Auch der Anspruch auf Weiterzahlung der bisherigen entsprechenden Leistungen, auch während der Dauer der stationären Krankenhausbehandlung, wurde in diesem Zusammenhang beschlossen. Als großen Erfolg werte ich, dass wir es als SPD- Bundestagsfraktion geschafft haben, dass im gleichen Gesetzentwurf die Palliativmedizin als Pflichtlehr- und Prüfungsfach im Rahmen des Studiums der Medizin in die Approbationsordnung für Ärzte aufgenommen wird. Fehlendes Wissen von Ärztinnen und Ärzte führt vielfach zu unnötigem Leiden durch wohlgemeinte, aber fachlich nicht indizierte Therapien in der letzten Lebensphase.

Ich bin enttäuscht, dass viele der etwa 200.000 Behinderten in stationären Einrichtungen weiter auf notwendige Brillen und nichtverschreibungspflichtige Medikamente (OTC- Präparate) verzichten müssen, weil sie diese von ihrem Taschengeld nach § 35 SGB XII nicht selbst bezahlen können. Die Union hat sich diesem wichtigen Anliegen verweigert.

■ **Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten in Kommunikationsnetzen**

Am 18. Mai hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich das Zugangserschwerungsgesetz als ein Spezialgesetz beschlossen. Erst nach langem zähem Ringen haben sich Union und SPD am 15. Juni auf einen Entwurf für das geplante Gesetz gegen Kinderpornografie geeinigt. Aus einem Sperrlisten-Gesetz wurde nun ein dezidiert auf die Bekämpfung von Kinderpornografie abzielendes Spezialgesetz kurz "Zugangserschwerungsgesetz". Dabei haben sich die SozialdemokratInnen mit vielen Änderungen durchgesetzt. Der neue Gesetzentwurf greift viele der Bedenken des Bundesrates, der Sperrlisten-Gegner und der SPD - festgehalten im Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 13. Juni - auf. Ich habe dem Gesetz trotz großer Bedenken letztendlich zugestimmt, weil nun gilt

- **das Prinzip Löschen vor Sperren:** in einem abgestuften Verfahren soll erst versucht werden, kinderpornografische Inhalte durch Ansprache der Provider/Betreiber aus dem Netz zu entfernen. Wo das nicht gelingt, soll die Sperrung greifen (Subsidiaritätsprinzip)
- **Kontrolle der Kontrolleure:** Dem BKA, das die Sperrlisten aufstellt und an die Provider übermittelt, wird ein Kontrollgremium zur Seite gestellt, das die BKA-Listen regelmäßig auf Korrektheit prüfen muss. Dieses unabhängige fünfköpfige Gremium wird beim Bundesdatenschutzbeauftragten angesiedelt. Die Mehrheit der Mitglieder muss die Befähigung zum Richteramt haben.
- **Prävention statt Datensammlung und Strafverfolgung:** Das Gesetz soll ein "reines Präventionsgesetz" sein. Nutzerdaten sollen nicht erfasst werden. Eine Erhebung, Sammlung und Verwendung von Nutzerdaten über die "Stoppschild-Seite", die bei Sperrungen davor warnt, eine potentiell kinderpornografische Seite anzuwählen, erfolgt nicht. Im Rahmen der Möglichkeiten wird eine Zweckentfremdung der nun aufzubauenden Infrastruktur verhindert, beispielsweise um Adressdaten von Internetnutzern zu ermitteln, die auf urheberrechtlich geschütztes Material oder Glücksspielinhalte zugreifen. Die zivilrechtliche als auch die strafrechtliche Verwendung dieser Daten ist ausgeschlossen.

- **Berichtsfrist und automatische Befristung bis zum 31.12.2012:** Dem Bundestag hat die Bundesregierung innerhalb von zwei Jahren einen Bericht über die Anwendung dieses Gesetzes zu erstatten. Einzubeziehen sind die Erfahrungen des ExpertInnengremiums. Das Gesetz selber ist auf drei Jahre befristet.

Das Sperrlisten-Gesetz ist nun dezidiert zu einem Anti-Kinderpornografie-Gesetz gemacht worden. Damit soll der Missbrauch der Infrastruktur für die Zensurierung anderer Inhalte erschwert werden. Fakt ist: Die entsprechende Sperrinfrastruktur wird aufgrund der abgeschlossenen Verträge zwischen BKA und führenden Internet-Access-Providern als Selbstverpflichtung zur Sperrung bereits aufgebaut. Diese Verträge beinhalten allerdings keinen hinreichenden Grundrechtsschutz. Eine Anfechtung der Verträge auf dem Rechtsweg könnte Jahre dauern. Den Providern werden mit dem Gesetz in seiner jetzigen Fassung erheblich klarere Regeln gesetzt. Ich halte einen klaren rechtlichen Rahmen für die Verträge für unabdingbar. Trotz der zahlreichen richtigen Bedenken darf in der öffentlichen Debatte auch der Schutz der Kinder, die durch Kinderpornografie ausgebeutet werden, nicht verloren gehen. Auch hier fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf der Basis internationaler Deklarationen schon seit Jahren einen wirksamen Aktionsplan.

■ ■ **Kontakt und Impressum**

Mechthild Rawert, MdB

Wahlkreisbüro: Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin,

Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994,

eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de

WEBSITE: WWW.MECHTHILD-RAWERT.DE